

Wo liegt Osteuropa und wie gehen wir mit ihm um?

von Manfred Hildermeier

Zusammenfassung

Nach der Veränderung der politischen Landkarte Osteuropas durch den Zusammenbruch des Sozialismus stellt sich – wie schon nach dem Ersten Weltkrieg – erneut die Frage, auf welche gemeinsamen Merkmale ein einheitlicher Ostmitteleuropabegriff gestützt werden kann. Neben dem katholischen Glauben, den demografisch-ethnischen Verhältnissen und dem Transfer westlicher Rechtsinstitutionen (samt sozialen und wirtschaftlichen Organisationsformen) ist hier vor allem die starke Stellung des Adels zu nennen, die mit einem geringen Gewicht der Städte und des Bürgertums einherging. Im gleichen Zusammenhang stehen auch die gutherrschaftliche Agrarverfassung und die daraus resultierende Dominanz von Dorf und Landwirtschaft. Freilich haben all diese Kriterien sowohl zeitlich und räumlich als auch sachlich-inhaltlich nur eine begrenzte Reichweite: Die Region Ostmitteleuropa konstituiert sich je nach Fragestellung unterschiedlich.

Die Frage nach der Europäizität Ostmitteleuropas sollte dabei nicht wertend beantwortet werden, denn der Gegensatz von „europäisch“ ist nicht „uneuropäisch“, sondern „außer-europäisch“. Vielmehr bietet sie die Grundlage für einen systematisierten komparativen Ansatz.

Manfred Hildermeier: Wo liegt Osteuropa und wie gehen wir mit ihm um? in: H-Soz-Kult 30.05.2006, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2006-05-002>.

Über die Einheit Osteuropas zu sprechen, ist nicht einfach, und es ist besonders schwer, von einem normativen Europabegriff abzurücken. Ich tue das im Folgenden trotzdem, bitte aber dabei nicht außer Acht zu lassen, dass sich dieser Vorschlag allein auf wissenschaftlich-methodische Verfahrensweisen bezieht. In der Politik braucht man selbstverständlich Normen, solche z.B., die sich mit dem Konzept der Zivilgesellschaft verbinden.

Die Frage der räumlichen Begründung und des räumlichen Zusammenhangs Osteuropas ist im Laufe des vergangenen Jahrhunderts mehrfach diskutiert worden. Dabei ist sicher bezeichnend, dass die Debatten in auffälliger Korrespondenz mit Veränderungen der politischen Landkarte und des „Zeitgeistes“ standen. Als um die Wende zum 20. Jahrhundert die ersten Extraordinariate für Osteuropäische Geschichte eingerichtet wurden, kam man noch ohne Problematisierung ihrer räumlichen Zuständigkeit aus. Osteuropa – wobei ich seinen Süden auch im Folgenden außer Betracht lasse – war russisch, reichte das zarische Imperium doch bis an die Ostgrenze Deutschlands. Die staatliche Selbständigkeit Polens war mehr als hundert Jahre zuvor zu Ende gegangen; vier Generationen im Kaiserreich kannten seinen Namen nur noch als ethnische und regionale Bezeichnung, nicht mehr als politische. Hinzu kam Bismarcks besondere Aufmerksamkeit für Russland, die auch nach seinem Abgang nicht nachließ – nur zunehmend unter umgekehrte Vorzeichen geriet.

Die Friedensregelungen von Versailles stellten nicht nur die Souveränität Polens wieder her. Sie begründeten durch die Schaffung weiterer Staaten aus der Erbmasse der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie eine ganze Region politisch neu: Ostmitteleuropa. Das hat mit zehnjähriger Verspätung, aber zwangsläufig zu der Grundsatzdebatte geführt, ob dieser staatlich renovierte Raum unter dem terminologischen Dach „Osteuropa“ eigentlich angemessen untergebracht war. Fachlich wurde über die Kriterien gestritten, nach denen der Raum zu ordnen und als Einheit zu betrachten war – oder eben auch nicht. Weltanschaulich ging es bereits damals, in den 1930er-

Jahren, um die Zugehörigkeit zum „Westen“ oder zum „Osten“. Der Westen lag dabei immer in „Europa“, der Osten für diejenigen, die nicht dazugehören wollten, außerhalb.

Nahe lag auch die Art der Begründung der „Identität“ ganz Osteuropas. Das Hauptargument war sprachlich-ethnischer Natur und griff darin auf ein geschichtsphilosophisch unterfüttertes Denken vom Ende des 19. Jahrhunderts zurück, das aus Sprachverwandtschaft kulturelle und nationale Verbundenheit bis hin zu „zivilisatorischer“ Einheitlichkeit ableitete. Dem stand eine Gedankenkette gegenüber, die kulturräumliche Grenzen zum wesentlichen Kriterium erklärte und in einem weiten historischen Bogen versuchte, die Besonderheit und Selbständigkeit Ostmitteleuropas seit dem frühen Mittelalter zu belegen. Sie attestierte den drei Kernstaaten: Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn eine eigene historische Dignität und eine lange Tradition, die nur im 18. und 19. Jahrhundert von russischer Hegemonie verdrängt worden und aus dem Gesichtsfeld Mitteleuropas verschwunden sei, aber subkutan fortbestanden habe. Ost-Mitteleuropa war nicht Mittel-Osteuropa, sondern lediglich das nach- und außerkarolingische Neu-Europa östlich der Elbe-Saale-Linie, erweitert durch einst eigenständige, dann in das Habsburgerreich inkorporierte Monarchien (Böhmen, Ungarn), die bestenfalls am Rande des Zentrums, aber an keiner wie auch immer gearteten Peripherie lagen. Vor allem Oskar Halecki hat diese Überlegungen im amerikanischen Exil zu einer historisch-kulturräumlichen Gliederung Europas ausgearbeitet und wirkungsvoll vertreten.

Es entsprach der Wahlverwandtschaft mit politischen Zeitenwenden, dass die Debatte in den 1980er-Jahren wieder aufflammte. Als die Sowjetherrschaft über den Ostblock brüchig wurde und der geistig-kulturelle Einfluss endgültig verloren war, warfen Dissident/innen und Emigrant/innen die alte Frage der Zugehörigkeit wieder auf. Abermals lagen Motiv und Stoßrichtung auf der Hand: Ostmitteleuropäische Intellektuelle wollten nicht zu Osteuropa gehören, das nach Kommunismus, Unfreiheit und Rückständigkeit klang. In der polari-

sierten Welt des Kalten Krieges verstanden sie sich – wenn auch nicht kritiklos – als Teil des Westens, als Vorkämpfer von Meinungsfreiheit, Pluralismus und Demokratie. Die Mitte, der man sich hier verbunden fühlte, lag westwärts, außerhalb russisch-sowjetischer Hegemonie. Die Ortsbestimmung war politisch und gegenwartsbezogen, nicht historisch-fachlich. Die offizielle Geschichtswissenschaft konnte in den betroffenen Ländern – anders als in den 1930er-Jahren – auch kein Interesse daran haben, sie aufzugreifen. Außerhalb wurde sie als neue Variante von Überlegungen zur Eigenständigkeit Ostmitteleuropas zur Kenntnis genommen, aber nicht intensiv diskutiert. Jedenfalls sind keine neuen Argumente vorgetragen worden.

Bei der jüngsten Diskussion dieser Art vor wenigen Jahren war mehr als nur die tief greifende Veränderung der politischen Landschaft in Europa und der ganzen Welt nach 1989/91 im Spiel. Hinzu kam der Anstoß des „kulturalistischen“ Paradigmenwechsels in unserer und in verwandten Disziplinen. Nicht nur verschwand in Gestalt der sowjetischen Hegemonie die Klammer, die Osteuropa trotz aller internen Differenzierung in der dominanten Wahrnehmung eine gewisse Einheitlichkeit verliehen und seine Gleichsetzung mit dem kommunistischen Ostblock befördert hatte. Auch methodisch geriet die politisch wie institutionell suggerierte Geschlossenheit grundsätzlich in Zweifel, weil sich in kulturwissenschaftlicher Perspektive die Einsicht durchsetzte, dass Räume nicht einfach da sind, sondern ungeachtet vieler physikalischer, demografischer und anderer Gegebenheiten durch die Praxis und Wahrnehmung ihrer Bewohner erst „gemacht“ werden. Wo Regionen in dieser Form als „mentale Landkarten“ neu vermessen wurden, konnte die Frage gar nicht ausbleiben, was Osteuropa denn nun eigentlich sei.

Allerdings: Neue Einsichten und Definitionsmerkmale hat auch diese Diskussion aus meiner Sicht nicht hervorgebracht. Das mag schon damit zusammenhängen, dass die Ausgangshypothese, unserer Teildisziplin sei durch den Zusammenbruch des Sowjetreichs die Legitimität abhanden gekommen, eigentlich nur diejenigen überzeugen

konnte, die Osteuropäische Geschichte als Spielart von communist studies missverstanden. Gewiss hat die Sowjetunion stets und gerade in den letzten Jahrzehnten viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen, und das wird auch so bleiben. Aber daneben sind natürlich immer auch die vorrevolutionären Jahrhunderte im Blick geblieben; und bei aller Dominanz der russisch-sowjetischen Geschichte hat sich die Geschichte Ostmitteleuropas als eigenes, in Studiengängen verankertes und mit Professuren ausgestattetes Spezialgebiet etabliert. Aus historischer Sicht ist Osteuropa immer mehr gewesen als die Sowjetunion und der Sowjetblock, mehr auch als Russland und sein Imperium.

Umso nachdrücklicher stellt sich die alte Frage, wie Osteuropa zu beschreiben, welche Binnendifferenzierung zu beachten und nach welchen Gesichtspunkten es, wenn überhaupt, als „Einheit“ zu betrachten sei. Offensichtlich hängt diese Frage mit einer anderen, nicht nur im Fach, sondern auch politisch aktuellen zusammen: wie Europa zu definieren und wo seine Grenze zu ziehen sei. Wer Europa als lateinisches Abendland mit westlicher Rechtsstaatstradition und einer selbstbewussten „Bürgergesellschaft“ versteht – wie Ralf Dahrendorf in seinem Eröffnungsreferat auf dem Hannoverschen Historikertag 1992 –, der errichtet an den Rändern – und dies nicht nur im Osten – hohe Barrieren. Allerdings hängen die Demarkation Europas und die Bestimmung seiner Binnendifferenzierung nicht wie kommunizierende Röhren zusammen: Wenn die Grenzen des einen weiter gezogen werden, schrumpft das Ausmaß des anderen. Vielmehr verändern sich beide eher im gleichen Takt: Wenn Europa größer gedacht wird, kann es auch mehr Binnendifferenzierung aufnehmen.

In diesem Sinne, ohne vorgängiges Interesse an der Konstruktion von Zusammengehörigkeit, sei protokollartig an die wesentlichen Gesichtspunkte der Debatte erinnert. Dabei versteht es sich von selbst, dass Argumente zugunsten einer eigenständigen Region Ostmitteleuropa immer solche zu Lasten ununterschiedener Einheitlichkeit sind. Ausgesprochen oder nicht, favorisieren sie die Übernahme des angelsächsischen Sprachgebrauchs, der bekanntlich zwischen Eastern

Europe und Russia bzw. the Soviet Union unterscheidet.

1. Eine Schlüsselrolle fiel den demografisch-ethnischen Verhältnissen zu, die von der deutschen Ostkolonisation seit dem hohen Mittelalter nicht zu trennen sind. Die Gebiete, die später zum Kern Ostmitteleuropas gerechnet wurden, zeichneten sich durch jene unentwirrbare Gemengelage von Volksgruppen, Nationen, Sprachen, Konfessionen und spezifischen Kulturen aus, die maßgeblich zu den schweren Konflikten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beigetragen haben. Es war das Siedlungsgebiet von Westslaven, in die primär deutsche (und jüdisch-aschkenasische) Migranten eindringen. Ostmitteleuropa wurde zur Kernzone der Germania Slavica.

2. Mit den Siedlern wanderten Rechtsinstitutionen samt sozialer und wirtschaftlicher Organisationsformen vom alten karolingischen ins neue, außer- und nachkarolingische Europa, die zum Teil auch schon vorher aufgrund der Nähe und des Kontakts zwischen diesen Regionen übernommen worden waren. Die Hufenverfassung und bäuerlicher, aber auch faktischer adeliger Individualbesitz spielten dabei eine zentrale Rolle. Später kam die Stadtverfassung mit der singulär-okzidentalen (wenn auch hier längst nicht allein vorherrschenden) Autonomie im eigenen Herrschafts- und Rechtsbezirk hinzu. Auch wenn diese Stadtverfassung nach Osten und Südosten „ausdünnte“, hat sie erhebliche Prägekraft entfaltet, und sei es nur als Leitbild.

3. Ein prominentes Argument war von Anfang an die Konfession. Polen, Böhmen und Ungarn gehörten seit dem 10. Jahrhundert zur lateinischen Welt; Gnesen und Gran waren Außenposten des okzidentalen Christentums. Jenseits dieser antemurale begann entweder das Heidentum oder die byzantinisch-orthodoxe Welt. Der Gegensatz zwischen Polen-Litauen und Russland war nicht zuletzt ein religiöser. Glaubens- und Geisteswelten prallten hier mit der doppelten Kraft von Unverständnis und Ablehnung aufeinander, die auch die offizielle und erzwungene Säkularisierung im 20. Jahrhundert kaum abzuschwächen vermochte. Bekanntlich kommt dem Konfessionsargument, weil es zugleich ein Kulturargument ist, bis heute erhebliche Bedeutung zu.

Zu den civilizations, die sich laut Samuel P. Huntingtons prognostischer Diagnose immer heftiger bekriegen werden, gehört auch die orthodox-postsowjetische. Und die Grenze auf seiner Weltkarte ist identisch mit der Ost- bzw. Südostgrenze Polens und der baltischen Staaten, also mit der Ostgrenze der heutigen EU.

4. Ins Auge fielen schließlich auch die besondere Struktur des Adels und sein hervorgehobenes politisches Gewicht im Rahmen der ständestaatlichen Ordnung vor allem in Polen und Ungarn (und bis 1620 auch in Böhmen). Der Adel war hier nicht nur ungewöhnlich zahlreich, sondern vermochte der monarchischen Zentralgewalt auch besonders weitgehende Rechte abzutrotzen. Mit guten Gründen ist häufig darauf hingewiesen worden, dass der Weg zu ständeparlamentarischer Partizipation, verbunden mit der Sicherung grundlegender rechtsstaatlicher Prinzipien, in Polen früher begann als in England. Deshalb büßt der Kontrast zu Russland gerade in dieser Hinsicht nichts von seiner Schärfe ein. Die Unterschiede liegen hier ebenso deutlich zutage wie in der Konfessionsfrage.

Aber es gibt auch Gegenargumente, die den Trennungsstrich nach Osten nicht konturieren, sondern verwischen. Dabei mag offen bleiben, in welchem Maße die Sprachverwandtschaft unter fachwissenschaftlich-historischen Gesichtspunkten (wohlgemerkt: nicht unter wissenschaftsorganisatorischen) ins Gewicht fällt. Schließlich wird man auch die französische und spanische oder die deutsche und englische Geschichte nicht zu einer Subdisziplin zusammenziehen, weil die Landessprachen – jedenfalls zum Teil – denselben Ursprung haben. Enger mit Inhalten verwoben sind andere Gemeinsamkeiten, die man zu bedenken gegeben hat.

1. die Agrarverfassung. Osteuropa war das Territorium der Guts-herrschaft. Seit Beginn der Neuzeit ließ sich von Ostelbien, das einzu-beziehen wäre, bis an den Ural eine Linie zunehmender Adels- und abnehmender Bauernrechte ziehen. Am einen Ende stand die bloße, an die Herrenwirtschaft gebundene Untertänigkeit, am anderen die völlige Abhängigkeit bis hin zum Verkauf, die auf dem Höhepunkt

dieser Entwicklung faktisch von Unfreiheit kaum zu trennen war. Aber auch die polnischen Verhältnisse lagen nicht weit davon entfernt, war die Adelsrepublik doch nach einem bekannten Wort ein Paradies für den Edelmann, aber eine Hölle für den Bauern.

2. das relativ geringe Gewicht der Städte, des Bürgertums als sozialer Schicht und Wirtschaftsfaktor und der städtisch-bürgerlichen Kultur. Auch hier ließe sich eine Kurve abnehmender Bedeutung zeichnen, die aber zugleich einen deutlichen Kontrast zu den städtisch verdichteten Zonen Mittel- und Westeuropas aufzeigen würde. Krakau und Warschau, später Posen und Łódź oder Moskau und St. Petersburg taugen nicht als Gegenargumente. Sie bildeten Inseln städtischen Lebens und städtischer Kultur, auch städtischer gewerblich-industrieller Produktion in einer rein agrarischen Umgebung. Die Ausnahmen bestätigten hier die Regel.

3. mit der Dominanz von Dorf und Landwirtschaft in der sozio-ökonomischen Struktur zusammenhängend: die späte industrielle Entwicklung und die Verschiebung grundlegender Agrarreformen bis in die Zwischenkriegszeit, mithin jene Zählebigkeit der traditionellen Wirtschafts- und Sozialverfassung, die der Begriff der Rückständigkeit meinte. So berechtigt die Kritik am teleologischen Gehalt dieses Komplementärkonzepts zur Modernisierung sein mag, so wenig verschwindet die Sache selbst. Schon der Umstand, dass z.B. Russland sich seit dem 18. Jahrhundert so gesehen und zahllose Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen hat, verleiht ihm hinreichende faktische Geltungskraft. Auch in dieser Hinsicht nahm der Abstand zu Mitteleuropa, das im Übrigen aus russischer Perspektive zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich verortet wurde, zu. Zugleich bleibt die Nähe der Zustände in den östlich gelegenen Ländern deutlich.

4. hat man auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass Vielvölkerreiche in Osteuropa am längsten Bestand hatten. Offenbar gab es besondere Barrieren, die dem Nationalstaat bis zur Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg den Weg verstellten. Dazu gehörte an vorrangiger Stelle die ethnisch-nationale Gemengelage, die keine

klaren Grenzziehungen erlaubte. Aber sicher waren weitere Faktoren im Spiel: das imperiale Selbstverständnis, das nicht auf eine einzelne Nation setzen konnte, die relativ geringe Durchsetzungskraft der Schichten und Bewegungen, die der nationalen Idee verbunden waren, die Gegenwehr eines Zentrums, das in seiner Existenz bedroht war und andere mehr.

Schließlich erscheint Osteuropa auch aus einem ganz anderen Blickwinkel als zusammenhängende Großregion. Die bisher genannten Kriterien entstammen dem „klassischen“ Methodenrepertoire wirtschafts-, rechts-, sozial- und strukturgeschichtlicher Überlegungen zur Definition und Gliederung von Räumen. Die jüngere Forschung hat diesen Zugangsweisen eine konstruktivistische hinzugefügt. Der „Realgeschichte“ wird die Geschichte der Wahrnehmung auch von Regionen und ihrer Gesellschaften gegenübergestellt. Zwar formulierte eine derartige neuere Untersuchung über die mentale Entdeckung Osteuropas im 18. Jahrhundert prophylaktisch und bemerkenswert: „Eastern Europe is not the subject of this book“. Aber im durchaus intendierten Ergebnis verschmelzen die Ebenen natürlich, weil gar nicht vorhanden ist, was nicht wahrgenommen wird. Diesem Osteuropa aber, das im 18. Jahrhundert naturwissenschaftlich erforscht und in der geistigen Welt kartiert wurde, attestierten die Reisenden und sonstigen Beobachter sehr ähnliche Merkmale von Warschau bis Moskau. Ob Comte Philippe de Ségur (Vater) bei der Einreise nach Polen meinte, er verlasse Europa, oder der Prince de Ligne auf der Krim den Eindruck hatte, nichts Europäisches mehr um sich zu haben: Osteuropa wurde auf halbem Wege in den Orient gesehen, jedenfalls in einer Untersuchung, die sich ausdrücklich in der Nachfolge Edward Saids verortet. Polen und Russland gleichermaßen repräsentierten das inzwischen inflationär zitierte „Andere“. Beide erscheinen als Gegenbild zur eigenen Vollkommenheit, nahe an der „Barbarei“, die man in binärer Einfachheit der „Zivilisation“ entgegensetzte. Nur die Nähe zu deren Quelle, die eine intensive Korrespondenz mit den Größen vor allem der französischen Aufklärung ermöglichte, bewahrte es davor, ganz

und gar als verloren abgeschrieben zu werden. Auch in der intellektuellen Geografie der Aufklärung nahm Osteuropa eine Übergangs- und Brückenfunktion ein, nicht mehr zu ihr gehörig und rückständig, zugleich noch am Rande liegend und als Ganzes zu retten.

Allerdings führt eben dieser konstruktivistische Zugang für eine andere Zeit auch zu anderen Resultaten. Im Dissidentendiskurs der 1980er-Jahre gründete der Ostmitteleuropabegriff nachgerade auf der Selbstzuschreibung, einer anderen Kultur anzugehören als der russisch-sowjetisch-kommunistischen. Wie stets bedurfte die eigene Identität des Gegensatzes – und diese Grenze verlief nicht mehr zwischen West und Ost, sondern mitten durch den politischen Osten, dessen westlicher Teil nicht mehr dazu gehören wollte. Nicht zuletzt daran ist abzulesen, dass Räume nicht als solche sind, sondern von ihren Interpreten jeweils neu zugeschnitten werden. Selbstverständlich ist der Spielraum dabei nicht beliebig. Es gibt so etwas wie ein Pendant zur oft zitierten Koselleckschen „Vetomacht“ der Quellen. Aber diese fixen Koordinaten geben nur ein Gerüst vor, dessen Pfeiler und Streben durch individuelle oder kollektive gedankliche Konstruktion jeweils nach Maßgabe bewusster und unbewusster Leitideen, Interessen und Absichten miteinander verbunden werden.

Nach dieser groben Übersicht über die wichtigsten Versuche, Osteuropa als mehr oder weniger differenzierten Raum zu erfassen, stellt sich natürlich die entscheidende Frage, welche Schlussfolgerungen sich daraus ergeben mögen. Ich würde drei nennen:

1. Offensichtlich haben die meisten Kriterien jeweils nur eine begrenzte zeitliche Reichweite. Dies gilt auch für die demografisch-strukturgeschichtlichen Merkmale, die Ostmitteleuropa dennoch besonders dauerhaft geprägt haben. Der Adel hat seine überkommene Funktion im 19. Jahrhundert verloren. Mit ihm verschwand, spätestens, auch sein politisch-administratives Mitregiment. Die traditionale Agrargesellschaft gehört ebenfalls der Vergangenheit an, wenn auch größtenteils erst seit der Zwischenkriegszeit. Am längsten haben sich die ethnisch-nationale Durchmischung und die konfessionellen Unter-

schiede erhalten. Die nationale Vielfalt ist erst durch die Vertreibungen und Zwangsmigrationen nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend beseitigt worden; die Glaubensgrenzen gelten noch heute. Man hat vor allem darauf – in einem klaren Votum zugunsten der Prägestkraft der langen Dauer und der Priorität grundlegender Vorgänge – die These einer deutlichen Besonderheit Ostmitteleuropas gestützt. Dieses Argument vermag um so eher zu überzeugen, als sich Annahmen einer unifizierenden Wirkung prinzipiell verwandter Modernisierungsvorgänge nicht bestätigt haben. Aber es entkräftet den Einwand der begrenzten zeitlichen Geltung der genannten Merkmale nicht. Selbst wenn etwa die Konfessionsgrenzen im Großen und Ganzen geblieben sind, hat sich die politisch-öffentliche Bedeutung der Konfession tief greifend verändert. Umgekehrt sind neue nationale und internationale Entwicklungen und Faktoren hinzugekommen, die sich einer Indigenisierung und Einbindung in die Kontinuität vorheriger Zustände weitgehend entzogen (etwa die Sowjetisierung). Man kann solche neuen Erscheinungen nicht einfach zum kurzlebigen Aufbau auf einem allein relevanten älteren und anderen Fundament erklären.

2. Aus der begrenzten zeitlichen Reichweite ergibt sich auch eine sachlich-inhaltliche. Zwar treten bestimmte Entwicklungen häufig mit Begleit- oder Folgeerscheinungen auf. Ethnische Vielfalt bringt in der Regel kulturelle und religiöse mit sich. Migration schließt oft die Wanderung von Verhaltensweisen, Gewohnheiten, Wissen ein. Ansonsten aber bezeichnen die jeweiligen Vorgänge und Strukturen nur „ihre“ Ebenen und Ausschnitte aus der Gesamtheit der historischen Wirklichkeit. Charakteristisches und Verwandtes in einem Segment kann mit Unterschieden in anderen einhergehen. Was für zeitliche Grenzen gilt, trifft auch auf räumliche zu: Unter verschiedenen Aspekten stellen sie sich unterschiedlich dar – als tiefe Zäsuren oder verschwimmende Linien des Übergangs. Es ist Sache der Konvention, sie zu akzeptieren oder nicht. Anders gesagt: Nicht nur Epochen haben in Abhängigkeit vom Betrachtungsziel variable Anfangs- und Endpunkte; auch historische Räume haben zu verschiedenen Zeiten unter verschiedenen

Gesichtspunkten andere Konturen und Grenzen. Sie sind nicht nur vorhanden, sondern werden immer auch konstruiert.

3. Aus dem Definitionsdilemma, das daraus entstehen mag, befreit eine dritte Schlussfolgerung: dass es im wissenschaftlichen – ich betone: wissenschaftlichen, nicht politischen – Diskurs vielleicht gar nicht sinnvoll ist, die Frage nach der Demarkation von Geschichts- und Kulturräumen primär oder gar ausschließlich unter dem Aspekt der Europazugehörigkeit zu betrachten. Wissenschaftlich sollte die Dignität einer Region nicht davon abhängen, ob sie „drin“ oder „draußen“ ist. „Europäisch“ sollte wissenschaftlich kein Wertmaßstab sein, sondern eine Relation bezeichnen. Sein Gegensatz sollte nicht „uneuropäisch“ sein, sondern „außer-europäisch“.

Damit würde – und dies ist natürlich mein Plädoyer – die osteuropäische „Raumfrage“ sozusagen „globalisiert“ und „neutralisiert“. Sie würde sich deutlicher dort verorten, wo sie ohnehin am besten untergebracht ist: in der vergleichenden Betrachtung. Ihr Begriff und die zahlreichen Demarkationsversuche sind eo ipso komparativ. Was liegt näher, als diese eingebaute Orientierung von ihrer Fixierung auf eine Richtung zu lösen? Erst damit würde sie sich wirklich von der Geschichtsphilosophie des 19. Jahrhunderts befreien, mit der sie vor allem im russischen Fall aufs engste verwoben war. Räume standen für Kulturen, die – im Extremfall bei konträrer Wertung – gleichsam auf einer Skala zwischen „europäisch“ und „asiatisch“ abgetragen wurden und nicht nur geistig-abstrakt, sondern bald auch grausam real die Klingen kreuzten. Natürlich wird man das Problem von Vorannahmen und impliziten Normen, das vor allem die Geisteswissenschaften seit jeher beschäftigt, nicht mit einem solchen Federstrich lösen können. Aber der Weg eines sozusagen offenen, vielseitigen und auch inhaltlich multidimensionalen Vergleichs eröffnet aus meiner Sicht die besten Chancen für seine Kontrolle und in diesem Sinne: für eine Versachlichung und Verwissenschaftlichung der Debatte. Dazu tragen einige evidente Vorzüge und „Leistungen“ einer sozusagen systematisierten komparativen Perspektive bei, die abschließend knapp skizziert seien.

(1) Ein unvoreingenommener Vergleich, der ohne vorgängiges Verständnis von Europa und seinen normativen Inhalten auskommt, wählt seine Einheiten nicht nach Staatsgrenzen. Er verfährt regional im offenen Sinn des Wortes, das große wie kleine Räume meinen kann. Gebietszusammenhänge verschiedener Art treten an die Stelle nationaler Einheiten. Diese Vergleichsgrößen variieren nach Gesichtspunkt und Ziel. Sie entziehen sich nicht nur dem Korsett einer zunehmend anachronistischen Sehweise, sondern können auch den konstruktiven Charakter von Räumen einfach und ohne „objektivistische“ Scheuklappen aufnehmen.

(2) Ein offener Vergleich findet seine Bezugsgrößen prinzipiell überall. Er sollte sie, je nach Absicht, sowohl in sachlich-räumlicher Nähe als auch in sachlich-räumlicher Ferne suchen. Letztlich bedarf es der Kenntnis sowohl von Kontrasten als auch von Affinitäten, um Besonderheiten oder Gemeinsamkeiten ermitteln zu können. Auf hoch-aggregierter Ebene kann dafür der Vergleich zwischen „Zivilisationen“ und Großräumen nötig sein. Die „eurasische“ Theorie hat stets in dieser Höhenlage argumentiert. Studien über Konflikte an der russisch-sowjetischen Peripherie tun dies bis heute. Beide Vergleichsebenen sind sinnvoll und legitim. Dabei muss aber im Blick bleiben, dass jede ihre je eigene, begrenzte Aussagekraft besitzt und erst die Addition ihrer Ergebnisse Verallgemeinerungen erlaubt.

(3) Vergleich ist nicht im engen Sinne der Herstellung von Beziehungen zwischen „monadischen“ Einheiten gemeint, sondern als Synonym für die komparative Perspektive allgemein. Er umfasst daher Operationen, die analytisch von ihm zu trennen sind, unter anderem Beziehungs- und Transfergeschichte. Beide sind nicht auf bestimmte Regionen beschränkt, sondern im „Kollektivsingular“, d.h. wenn nicht ein einzelner Fall untersucht wird, ubiquitär. Haleckis weitgehend akzeptierte Begründung für die Zugehörigkeit Ostmitteleuropas zu Europa etwa setzt ein Beziehungsverhältnis und, als dessen Folge, Transferprozesse voraus: die Übertragung des Lehnswesens, bestimmter Siedlungs- und sozialer Organisationsformen, von Rechtsinstituten,

der Religion und anderem mehr. Dank Berührung und vor allem dank Migration glich sich Neueuropa an Alteuropa an.

Dessen ungeachtet verbindet sich die Beziehungs- und Transferproblematik in Osteuropa am ehesten mit Russland. Hier gewann sie besondere Brisanz, weil Regierung und Gesellschaft seit Beginn des 18. Jahrhunderts eine Differenz zur militärischen und wirtschaftlichen Leistungskraft dessen entdeckten, was sie als Westeuropa bezeichneten. Die Bemühungen, sie abzubauen, lassen verschiedene Formen erkennen, die man kasuistisch als exemplarische Grundtypen des Transfers auflisten kann.

- Die bloße Rezeption bezeichnet gleichsam nur den formalen Akt und ein Anfangsstadium; inhaltlich dürfte der Begriff im Sinne einer unveränderten und unverfälschten Übernahme im wesentlichen nur bei technischen Verfahrensweisen und Organisationsweisen wie der Ausstattung der Armee mit bestimmten Gewehren oder der Einübung bestimmter Schlachtformationen zutreffen.

- In der Regel mussten vor allem administrative und institutionelle Importe, sei es die Einführung einer neuen Stadtverfassung oder neuer Sozial- und Rechtskategorien, an die eigenen Gegebenheiten angepasst werden. Solche Assimilation war notwendig, um die Funktionsfähigkeit des Übernommenen sicherzustellen und jenen „Mehrwert“ zu erzeugen, um dessentwillen die Reform überhaupt auf den Weg gebracht worden war.

- Die Assimilation konnte aber im Zuge der Einwurzelung auch die Extremform der Absorption annehmen, so dass der beabsichtigte Effekt verpuffte. Die Zünfte, die Peter der Große in deutschen Städten bewundern lernte und nach Russland übertrug, hatten außer dem Namen mit ihren Vorbildern nichts gemein. Fern davon, wenigstens über ein Mindestmaß an Selbstbestimmung zu verfügen, verwandelten sie sich in Arbeitsbrigaden der staatlichen Behörden – wie andere städtische Korporationen auch.

- Weil andere Kontexte per definitionem vom ursprünglichen abweichen, können sich, gezielt oder unbeabsichtigt, Substitutionen für

bestimmte Faktoren und Strukturen einstellen. So gehörte es nicht nur im 18. Jahrhundert zum Standardrepertoire russischer Wirtschaftspolitik, fehlende Quantität durch Größe zu ersetzen. Wenige riesige Manufakturen sollten ausgleichen, was der Mangel an vielen kleineren, von unten gewachsenen offen ließ. Und in der politisch-geistigen Kultur hat die Überlegung ein positives Echo gefunden, dass zivilgesellschaftlich-liberale Ideale nicht nur in Russland, sondern auch in anderen Ländern Osteuropas vom ansonsten eher konservativ-ständisch orientierten Adel artikuliert wurden. Er übernahm damit eine Rolle, die in „westeuropäischen“ Gesellschaften mit bürgerlicher Sozialisation und Bürgerlichkeit verbunden war.

- Wenn Errungenschaften technischer, rechtlicher, administrativ-institutioneller oder geistiger Art in fremde Kontexte wanderten oder importiert wurden, ersparten sich die Empfänger, sie selber hervorzubringen. Im Falle der erfolgreichen Verankerung konnte dies eine Beschleunigung der Entwicklung und eine zeitliche Kontraktion bedeuten. Ein locus classicus für diesen Effekt findet sich bei einem der Köpfe der radikalen Slawophilie der 1850er-Jahre. Ob denn, lautete die rhetorische Frage Nikolaj Cernyševskijs, ein Land, das moderne Kanonen erwerbe, die gesamte Entwicklung von Pfeil und Bogen über die Armbrust, das Schießpulver und Gewehre bis zu zeitgenössischen Erfindungen nachvollziehen müsse oder ob es gleich moderne Waffen einkaufen könne. Natürlich war die Antwort positiv, und ganze Generationen seiner Nachfolger fanden Trost bei dem Gedanken, dass sich ein Nachteil in einen Vorteil, ein Privileg, verwandeln könne.

- Und letztens schließen die allermeisten der genannten Formen und Wege des Transfers sowohl die Prämisse als auch die Wirkung ein, dass die „Geschichten“ der betroffenen Regionen miteinander verbunden, im Falle engerer Nachbarschaft meist sogar eng miteinander verwoben waren. Dies gilt für Russland und Polen nicht erst seit 1772 ebenso wie für Deutschland und Polen oder Deutschland und Böhmen/Tschechien. Für solche Verschränkung sind Begriff und Konzept der „geteilten Geschichte“ im Sinne der „histoire croisée“

oder „entangled history“ vorgeschlagen worden. Es bedarf keiner Erläuterung, dass die Felder solcher Geschichte im Zuge der Zunahme wirtschaftlicher Verflechtung, sozialer Mobilität und allgemeiner Kommunikation zahlreicher und größer geworden sind. Die Globalisierung, die im letzten Jahrzehnt in eine neue Phase eingetreten ist, treibt diesen Prozess weiter voran – und die Geschichtswissenschaft ist gut beraten, ihn produktiv und konstruktiv aufzugreifen. Dann könnte – wissenschaftlich, nicht institutionell – aus der Osteuropäischen Geschichte (bei wechselnder, jeweils zu „konstruierender“ Demarkation) die Geschichte des östlichen Europas werden.